



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wochenbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Entscheidung des Kampfes der kirchlichen Parteien wird aber im Zusammenhang mit der allgemeinen Entscheidung der politischen Geschichte Frankreichs erfolgen, an der sie ihrerseits ihren beträchtlichen Theil hat.

W o c h e n b e r i c h t.

Die Sulbigung der Dreitausend. Die bedeutende orientalische Verwickelung ist von einem Pariser Zwischenfall durchkreuzt worden, dessen rascher Enthüllung eine komische Seite sich leicht abgewinnen ließe, könnte man sich die traurige Thatsache verhehlen, daß jenes Schauspiel von einer großen Zahl derjenigen, auf die es berechnet war, in seinem wahren Zusammenhange auch jetzt noch schwerlich erkannt wird. Die englischen Blätter werden in Frankreich wenig gelesen und gelangen selbst nach vielen Theilen Deutschlands nur in unvollständigen Auszügen. Dagegen sorgt eine ganze Schaar von Pariser Correspondenten und namentlich die lithographischen bekanntlich subventionirten dafür, daß die bonapartistische Preßbearbeitung überall verspürt werde. Um so dringender erscheint die Aufgabe, daß Jeder in seiner Weise dieser Bearbeitung den Weg erschwere.

Nichts ist historisch begründeter und nichts in gewissen Schichten des deutschen Publicums unbekannter, als die Erfahrung, daß der Begriff des Napoleonismus mit dem der liberalen oder demokratischen Heuchelei zusammenfiel. Seine kriegerisch erobernde Tendenz war kaum mehr gefährlich, als seine bewußte systematische Entfittlichung des öffentlichen Geistes.

Ein hoher Beamter des ersten Kaiserreichs, Herr Pelet, der Vater des Deputirten und Ministers Pelet de la Lozère, erzählt in seinen Geschichtsbeiträgen ein Factum, das diese Erscheinung ganz besonders kennzeichnet. Das berüchtigte Decret vom 3. März 1810 über die Staatsgefängnisse, das die Beseitigung nicht nur des ordentlichen Gerichts, die schon bei den Specialtribunalen eintrat, sondern des Gerichts überhaupt als Grundsatz ankündigte und die Verhaftung der Bürger von einer Entscheidung des Geheimraths auf Vortrag des Justiz- oder Polizei-Ministers ganz nach Art der lettres de cachet abhängig machte, mußte selbst in den Zeiten des Despotismus Aufsehen erregen. Napoleon verordnete daher, als der anbefohlene Entwurf dem Staatsrath wieder zuzuging, durch eine Randbemerkung, man möchte dem Decret zwei Seiten liberaler Ideen als Motive vorangehen lassen.

(Il faut deux pages de considérations qui contiendront des idées libérales.)

Das ist in einer Zeile die Geschichte des napoleonischen Regierungssystems.

Dem gegenwärtigen Bonapartismus war seit Langem die freie englische Grenzboten. II. 1853.

Presse ein Dorn im Auge. Die Strafreden des „Moniteur“ im Januar d. J. hatten inzwischen ihre Wirkung verfehlt. Mit Ausnahme der Toryblätter wollten die englischen Zeitungen nicht an das friedliche und noch weniger an das demokratische Kaiserreich glauben lernen.

Da hat man nun jetzt ein Mittel versucht, dessen Klugheit und Geschicklichkeit auch wir gern bewundern möchten, wäre nicht von derselben unerbittlichen Presse, der man einen Streich verfehen wollte, der mühselig gesponnene Schleier zerrissen worden.

Dreitausend oder viertausend Banquiers und Kaufleute haben eine Erklärung unterzeichnet, des Sinnes, daß sie mit Frankreich in Frieden zu leben wünschen und für die gegenseitige Bekriegung der beiden Nationen keinesweges begeistert sind.

Wie die „Times“ können wir sagen, mit einer solchen Ansicht muß Jeder einverstanden sein, wenn auch vorsichtige und mit der französischen Politik besser vertraute Leute eine solche Erklärung schwerlich unterzeichnen durften, weil ein Mißbrauch so nahe lag. Dieser Mißbrauch hat denn auch nicht auf sich warten lassen.

Es muß zuerst Wunder nehmen, daß die Unterschriften nur einige Tausend Namen aufweisen. Man gehe in Berlin und Wien zu den Geschäftsleuten, die ehrenwerthen nicht ausgeschlossen und sage ihnen (vorausgesetzt, daß Veranlassung dazu vorhanden und die Polizei die Demonstration zuläßt): Die Presse hat gegen Frankreich einen feindseligen Ton, daraus kann Krieg entstehen, der Krieg ruiniert Euch, es gilt eine Erklärung, die dem entgegentrete u. s. w. — Die vielbeschäftigten Herren lassen sich die, wie man ihnen sagt, für die inländischen Blätter bestimmte Erklärung vorlesen; Louis Napoleon's geschieht darin keine Erwähnung — man denke sich ein solches Manöver, bei dem wir von drastischeren Versuchen ganz absehen, und es läßt sich eine Wette anbieten, daß nicht drei- oder viertausend, sondern sechs- bis zehntausend Unterschriften zusammengebracht werden können.

Die Sache nimmt freilich eine andere Wendung, wenn die Erklärung plötzlich nach Paris wandert, dort dem Kaiser vorgelesen und, als Adresse in der amtlichen Zeitung verkündet, von den dazu bestellten Graniers und Césénas commentirt wird. Den Mangel der üblichen Anrede und Ueberschrift des halb erschlichenen Aktenstücks ersetzt der Vortrag der Ueberbringer, mit denen man ja schon behufs des Ceremoniels einverstanden war. Der Kaiser drückt seine hohe Zufriedenheit über die Guldigung aus und spricht von der glücklichen Freiheit englischer Institutionen, die er bei seinem langen Aufenthalt in Großbritannien bewundert habe — ein neuer Beitrag zu den napoleonischen Ideen, den wir als solchen gehorsamst einzeichnen wollen.

Daß es aber in London wirklich so und nicht anders zugegangen, beweisen eingelaufene Proteste von Personen, welche die Erklärung mit unterzeichnet haben.

Man erfährt dadurch, daß die „Adresse“ in keiner öffentlichen Versammlung beschlossen worden, und daß man den Versuch, ein Meeting zusammenzubringen, aufgeben mußte, nachdem man sich überzeugt hatte, daß die Adresse den entschiedensten Widerstand von Kaufleuten und Bankiers finden würde, die den Unterzeichnern nicht nachstehen. Die Unterschriften wurden durch privates Umhersenden, Zureden und durch unrichtige Vorstellungen erlangt; denn ein großer Theil derjenigen, die unterzeichneten, hatten keine Ahnung, welcher Gebrauch von dem Documente gemacht werden sollte. Die Fassung ließ nichts davon vermuthen. John Russell, als Abgeordneter der City, versagte seine Unterschrift, und Lord Cowley, der englische Gesandte in Paris, wollte die Deputirten bei dem Kaiser nicht einführen. Das ist aber noch nicht genug. Man hört fern er, daß auch hier wieder pecuniäre Begünstigungen stattgefunden haben. Unter den Unterzeichnern glänzt der Name eines conservativen Abgeordneten der City des Herrn Mustermann, dem die neue Eisenbahn von Bordeaux nach Lyon mit zugeschlagen ist. Ueber einen Herrn Powles werden die unvortheilhaftesten Enthüllungen gegeben; er hat als Director verschiedener Gesellschaften fungirt, bei denen eben Niemand, als die Direction — vermöge ihres Gehaltes — gute Geschäfte machte. Mit einem Worte, es ist gelungen, in dem wegen seiner freien Institutionen bewunderten England mit Umgehung der Oeffentlichkeit, der Presse, der Meetings und alles dessen, was jene Institutionen trägt, einen französischen Coup mit französischen Mitteln auszuführen.

Kann man es unter solchen Umständen der „Times“ verargen, wenn sie schreibt: „Der Erfolg der letzten französischen Umwälzung ist eben der gewesen alle subsidiairen Sicherheiten zu zerstören, die Erfüllung völkerrechtlicher Verbindlichkeiten und den Frieden der Welt von dem Worte eines Individuums abhängig zu machen. Ein solcher Zustand der Dinge scheint uns vernünftiger Weise weder Vertrauen, noch Glückwünsche zu rechtfertigen. Allerdings haben die Verfasser der Adresse es auch nicht unternommen, Gesinnungen der Art gegen das Haupt der französischen Regierung auszusprechen. Mit weiser Vorsicht und in dem Bewußtsein, welche Grenzen ihnen die öffentliche Meinung Englands und der Welt vorschreibt, näherten sie sich der Person des französischen Kaisers ohne eines jener Complimente, fast unerläßlich im Munde derer, die Fürsten ihre Aufwartung machen, ohne ein Wort des Vertrauens in seine Politik. Zweifelsohne fürchteten sie, sich einer Schuldigung gegen den bloßen Erfolg schuldig zu machen, wenn sie der Stufen erwähnten, auf denen L. Napoleon zu seiner erhabenen Stellung aufgestiegen ist. Sie schweigen daher über diesen Punkt. Man sprach auch keine Hoffnung auf die Dauer der bestehenden Gewalt aus. Es war bekannt, daß die eigentliche Politik Frankreichs gegenwärtig in den geheimen Gedanken eines Individuums beruht. Auf den Charakter dieses Individuums machte die Deputation keinerlei Anspielung. In der That übergeht die Adresse Alles, was

sie für L. Napoleon hätte schmeichelhaft machen können, und wenn sie das nicht gethan, hätte sie wahrscheinlich keine Unterschriften erhalten. Gegen eine Freundschaftsversicherung für Frankreich hatte Niemand etwas einzuwenden. Einen Tribut der Achtung für Louis Napoleon hätten Wenige — wenn überhaupt Jemand unterschrieben.“

So die „Times“, die von den einflussreichen Wochenblättern an Energie des Ausdruckes und Wärme der Sprache wo möglich noch übertroffen wird. Als endlich am 4. April die ganze Angelegenheit vor das Oberhaus gelangte, wollte Lord Campbell, der das Geschehene nachsichtig genug beurtheilte, ganz besonders eine Erklärung der Regierung darüber hervorrufen, daß diese nicht dabei theilnimmt, daß Lord Cowley, der britische Gesandte in Paris, die Deputirten nicht eingeführt habe, und daß an einen nationalen Schritt dabei nicht zu denken sei. Der Graf Clarendon genügte dieser Aufforderung vollkommen. Er habe (so gut wie Lord Russell, der nicht unterzeichnen wollte) die Adresse gesehen, sagte er, sie als den Ausdruck einer individuellen Meinung betrachtet, aber die Herren nicht ermächtigt, etwa im Namen der Regierung aufzutreten, und die nachgesuchte Erlaubniß, daß Lord Cowley die Deputation in die Tuilerien einführen möge, habe er abgeschlagen.

Man sieht, was die sichtbaren und unsichtbaren Leiter der Demonstration Alles im Sinn gehabt hatten. Es war hart für sie, daß Lord Ellenborough nicht einmal Campbells mit dem Accent schaklspearischer Ironie gesprochenen Worte, die Unterzeichner seien im Uebrigen „ehrenwerthe Männer“, gelten lassen wollte, sondern seinem „Ekel“ (disgust) über das Verfahren dieser „Individuen“ Luft machte. Das war hart; es war aber noch härter, zu hart vielleicht, daß Lord Malmesbury, der auf das Bartegeld öffentlicher Unbeliebtheit gesetzte Bonapartist und Exortoryminister, der eigens dazu in aller Eile von Paris herübergekommen schien, darin Lord Campbell beistimmte, daß die Adresse unschädlich und unnütz gewesen, aber unvorsichtiger Weise mit der selbstgefälligen Versicherung herausplagte, es sei ihm der gute Eindruck, den die Adresse in Paris überall gemacht habe — von den französischen Ministern versichert worden!

Darauf beschränken sich mit Abzug der Wirkung, die der großartige Puff auf die Unwissenden und Beschränkten in Frankreich und Deutschland hervorgebracht haben mag, die wirklichen Resultate der Bankiers-Ambassade. Die englische Presse und die englische Meinung (bis ins Oberhaus hinauf!) sind dadurch nur noch schwieriger geworden. Ja, wenn man Times und Genossen maßregeln könnte, wie noch vor wenigen Tagen den Courier de la Gironde, ein zahmes orleanistisches Oppositionsblatt, dessen Redacteurs, vielleicht weil sie die Freiheit der englischen Institutionen anders, als es die officiële Auffassung will, bewundert haben, verbannt worden sind, und dem dann von Seiten des französischen Ministeriums ein Redacteur octroyirt wurde! Das wird sich in Englaud

für's Erste: nicht wol thun lassen. Man wird sich damit gedulden müssen, bis der Wunsch des Herrn Baron Chauy-Montlaville erfüllt ist. Dieser kriegerische Präfect und Gascogner rief bekanntlich, als ihn Louis Napoleon seiner hohen Gunst versicherte, entzückt aus: „Sire! machen Sie mich zum Bürgermeister von London!“ — Das hat nun allem Anschein nach gute Weile, und da mit den Zeitungen, mit den englischen nämlich, nichts anzufangen ist, wird sich der Bonapartismus auf das Colportiren von Unterschriften und auf so zweifelhafte Schauspiele, wie das vom 28. März, beschränken müssen.

Berlin 11. April. Seitdem sich denjenigen Personen, in deren Wohnung Bürgerwehrraffen vorgefunden worden, die angenehme Aussicht eröffnet hat, als Hochverräther verhaftet und ohne Gnade in einen der schwersten Proceffe verwickelt zu werden, sind die besagten Waffen so zahlreich ausgefetzt worden, daß man nach einer officösen Angabe eine Zeit lang im Durchschnitt dreißig in jeder Nacht auf den Straßen gefunden hat. Diese Thatsache hat denn auch Viele daran erinnert, daß seiner Zeit publicirt worden ist, wie viel Gewehre nicht zurückgeliefert sind, und daß der bloße Besitz solcher Waffen zwar als eine Contravention gegen die damalige Aufforderung zu ihrer Ablieferung angesehen werden muß, aber nicht als ein ausreichender Beweis hochverrätherischer Absichten betrachtet werden kann. Man hört daher jetzt schon bestimmter die dreiste Ansicht äußern, daß die mit so großem Geräusch publicirten Entdeckungen, wol wenig zu bedeuten haben dürften; und die Leichtigkeit, mit der auf so unzulängliche Indicien die schwersten Anschuldigungen begründet werden können, hat in Vielen das beunruhigende Bewußtsein aufdämmern lassen, daß wir uns wirklich auf einem gefährlichen Boden bewegen. Es ist unter allen Umständen gut, daß man sich dieses Sachverhältniß vollständig klar macht. Denn vorläufig müssen wir von der Voraussetzung ausgehen, daß die Polizeibehörde durch anderweitige, triftigere Beweise zu ihrem Vorgehen bewogen worden ist, daß sich also auch bei dem gerichtlichen Verfahren wirklich gravirende Umstände gegen einzelne Verhaftete herausstellen können; dann, wenn es sich um die Frage der Complicität handelt, liegt die Versuchung nahe, den Besitz verheimlichter Waffen als ein schweres Indicium der Schuld zu betrachten, und dann ist es ganz besonders nothwendig, sich daran zu erinnern, daß unter den eigenthümlichen Berliner Verhältnissen dieses Indicium allein gar keine beweisende Kraft, und in Verbindung mit andern immer nur seinen relativen Werth hat. Sollten sich unter den Verhafteten wirklich Personen finden, die mit hochverrätherischen Projecten umgingen, so wird man mit äußerster Behutsamkeit die Gefahr ins Auge fassen müssen, wie leicht man mit den Schuldigen auch Unschuldige in's Verderben stürzen kann.

Die Ereignisse, welche mit dem Complot in mittelbarer oder unmittelbarer

Berührung stehen, sind übrigens für die gegenwärtigen Zustände zu charakteristisch, als daß ich sie übergehen könnte. Die bei uns schon ziemlich alte Praxis, dergleichen Entdeckungen oder Thatsachen zu benutzen, um nebenbei noch andere verdrießliche Dinge abzutun, ist als eine bewährte, auch jetzt wieder in Ausübung gekommen. Kurz nach den Tagen der Verhaftungen zeigte der Verleger des „Arwählers“ an, daß die Verhaftung des Redacteurs und andere Gründe das Erscheinen des Blattes für einige Tage unmöglich machen. Jetzt liegt die Mittheilung eines Staatsanwalts, die man als eine amtliche betrachten kann, vor, daß der Redacteur des Arwählers wegen Majestätsbeleidigung verhaftet ist; die Angabe der Zeitungen, daß dieses Ereigniß in keinem Zusammenhange mit der Verschwörung stehe, ist also dadurch bestätigt worden. Der andere Grund, der das Forterscheinen des Blattes verhinderte, war eine dem Drucker desselben zugegangene Warnung, daß das Verfahren wegen Concessionsentziehung gegen ihn eingeleitet werden würde, wenn er sich noch fernerhin bei diesem Unternehmen betheilige. So ist das hier in Berlin viel gelesene Blatt zu Grunde gegangen. Man sagt, daß es unter dem Titel „Volkszeitung“ habe weiter erscheinen wollen, aber die ganze Auflage der ersten Nummer ist vor der Ausgabe mit Beschlag belegt worden. In dieser Lage befindet sich in Preußen ein so bedeutendes Gewerbe, für dessen gesetzliche Ausübung von den Unternehmern eine hohe Caution eingesetzt werden muß, das ferner zu seinem Betriebe beträchtlicher Capitalien bedarf, und nur dann, wenn es fest begründet ist, einigen Gewinn abwirft. Ein Federstrich des Polizeipräsidenten, eine mündliche Verwarnung bringt die betriebsamste Officin zum Stillstand.

Der zweite Act, der in Verbindung mit den politischen Nachforschungen vollzogen wurde, ist die Auflösung eines der größten Vereine Berlins, des Gesundheits-Pflege-Vereins. Sie erfolgte durch ein inzwischen publicirtes, höchst merkwürdiges Decret des Polizeipräsidenten. Es wird darin gesagt, daß dieser Verein schon längst in dem Verdacht verbrecherischer Tendenzen gestanden habe, weil mehrere Führer der Umsturzpartei in ihm eine hervorragende Stellung eingenommen hätten; dieser Verdacht — so versichert der Polizeipräsident — habe sich in Folge der bei Aufhebung eines verbrecherischen Complots gemachten Entdeckungen bestätigt; und nun werden eine Reihe hiesiger Bürger namhaft gemacht, und als gefährliche Agitatoren der Umsturzpartei, als Socialisten und Communisten u. s. f. bezeichnet. Abgesehen von dem Umstande, daß der größte Theil derjenigen Personen, deren Ehre in dieser Weise öffentlich von einer Behörde compromittirt ist, durch die neulichen Haussuchungen und Verhaftungen gar nicht betroffen ist, hat es auch in Betreff der wenigen Verhafteten einen gewaltigen Eindruck gemacht, daß die Polizeibehörde es sich herausnimmt, vor der gerichtlichen Feststellung der Thatsachen ihre Vermuthungen in einem amtlichen Erlaß als unzweifelhafte Dinge hinzustellen, der richterlichen Ent-

scheidung vorzugreifen, und Personen, die noch nie in eine politische Untersuchung verwickelt waren, sogar solche, gegen welche auch jetzt keine Untersuchung eingeleitet ist, öffentlich durch die Anschulldigung von Verbrechen zu brandmarken, welche unser Strafrecht mit den schwersten Strafen bedroht. Wenn man es sonst schon als einen wichtigen Rechtsgrundsatz betrachtet, daß man einem überführten Verbrecher, der seine Strafe verbüßt hat, sein Vergehen nicht vorwerfen dürfe, so fordert man die Befolgung jenes Grundsatzes natürlich mit ganz andern Rechte dem Angeklagten gegenüber, dessen Schuld noch zweifelhaft ist; und daß man gegen unbescholtene Männer dergleichen Anschuldigungen schleudert, ohne gegen sie ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, ist vollends eine ganz abnorme Handlungsweise, die — wie ich höre — selbst bei solchen Personen, welche sonst alle Handlungen der Behörden zu loben gewohnt sind, das größte Aufsehen erregt hat. Was die Betheiligten betrifft, deren Ehre durch das erwähnte Decret schwer verletzt ist, so haben einige derselben bereits Erklärungen veröffentlicht, in denen sie die betreffenden Angaben des Polizeipräsidenten als wahrheitswidrig bezeichnen und versichern, das sie die zur Wahrung ihrer Ehre erforderlichen Schritte thun werden. Einer derselben, der Stadtrath Runge, gegen den das Decret die heftigsten Angriffe richtet, ist seit Jahr und Tag von Berlin abwesend.

Ein zweiter wichtiger Punkt in dem Decret ist die Erklärung des Polizeipräsidenten, daß er bei dem Verfahren gegen den Gesundheitspflegeverein an die Vorschriften des Vereinsgesetzes nicht gebunden sei. Nach diesem Gesetz hat die Polizei das Recht, Vereine, welche ihrer Ansicht nach gesetzwidrige Zwecke verfolgen, vorläufig zu suspendiren; sie muß aber innerhalb einer bestimmten Frist der Staatsanwaltschaft von diesem Schritt Nachricht geben und eine gerichtliche Untersuchung beantragen; dann erfolgt durch Richterspruch entweder die Aufhebung des polizeilichen Verbots, oder die definitive Schließung des Vereins. Der Herr Polizeipräsident deducirt nun, daß dieses weitläufige Verfahren nur für politische Vereine gelte, und daß er im vorliegenden Falle von der Beobachtung dieser Bestimmungen entbunden sei, da der Gesundheitspflegeverein sich nicht in die Kategorie der politischen Vereine gestellt habe. Er verfügt also sofort die definitive Schließung desselben. Die Existenz nichtpolitischer Vereine ist also bei uns, nach dieser Praxis, noch viel weniger gesichert, als die politischer; bei diesen ist zu ihrer definitiven Auflösung wenigstens ein Richterspruch erforderlich, bei jenen genügt ein polizeiliches Decret.

Diese seltsame Auffassung, welche einen neuen Beleg für die wachsende und Alles erdrückende Macht des Polizeiregiments liefert, gab dem Abg. Wenzel Veranlassung, in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer an das Staatsministerium die Frage zu richten, ob es von dem polizeilichen Decret Kenntniß genommen habe, und welche Schritte es in Bezug auf dasselbe zu thun gedenke.

Die Interpellation war von einer ausführlichen Motivirung begleitet, in welcher dargethan war, wie sehr das Verfahren des Polizeipräsidenten die staatsbürgerlichen Rechte beeinträchtige und mit den gültigen Gesetzen in Widerspruch stehe. Das Schicksal der Interpellation war vorauszusehen; wir sind daran gewöhnt, vom Ministertische keine oder unbestimmte Antworten zu erhalten. In Abwesenheit des Ministerpräsidenten nahm der Minister des Innern das Wort; der erwähnte Verein sei wegen des Verdachts verbrecherischer Tendenzen aufgelöst worden; von dem polizeilichen Decret habe er Kenntniß genommen, und die Angelegenheit werde im ressortmäßigen Wege ihre gesetzliche Erledigung finden. Das ist denn doch eine zweifelhafte Antwort; es bleibt nur unklar 1) welche Angelegenheit der Minister gemeint hat, die des Polizeipräsidenten, die der Verhafteten, oder die der im Decret Angeschuldigten; 2) welcher Weg nach der Meinung des Ministers der ressortmäßige ist, ob etwa der von dem Polizeipräsidenten v. Hinkeldey an den Director im Ministerium des Innern v. Hinkeldey; und 3) was der Herr Minister bei dieser Angelegenheit überhaupt für gesetzlich hält, insonderheit, ob er der von dem Polizeipräsidenten beliebten Interpretation des Vereinsgesetzes beitrifft. Ich glaube, die sieben Weisen Griechenlands würden sich vergebens bemühen, aus dieser Antwort die Meinung des Herrn Ministers zu erkennen. Hoffentlich wird die liberale Partei sich nicht dabei beruhigen.

Auf welche Verdachtsgründe hin die Polizei in der letzten Zeit Haussuchungen vorgenommen hat, ersieht man aus einem andern interessanten Document, welches ebenfalls zur Deffentlichkeit gelangt ist. Ein conservativer Bürger Magdeburgs, der Kaufmann Delius, hatte sich bei Herrn v. Hinkeldey darüber beschwert, daß auch er von dieser verletzenden Maßregel betroffen sei. Aus dem Antwortschreiben des Letztern erfährt man die Veranlassung: bei einem Handschuhmacher war ein Brief des Herrn Delius gefunden worden, aus dem „herz vorzugehen schien“ (also nicht einmal mit Sicherheit hervorging), daß Delius — *horribile dictu* — sich bei Geldsammlungen für den Abg. Löwe aus Kalbe theiligt habe. Das ist also eine Handlung, deren Vermuthung schon hinreichend, eine Maßregel zu verhängen, welche in die zartesten Privat- und Familienverhältnisse auf so verletzende Weise eingreift, daß man sie in civilisirten Staaten nur im äußersten Nothfall, und bei ausdrücklicher Autorisation durch den Richter für statthalt hält. Briefe, die reine Privatverhältnisse betreffen, sollen zwar nicht gelesen werden; aber es ist fast unmöglich, diese Norm durchzuführen, und nach dem, was über die jetzt vollzogenen Haussuchungen verlautet, sind alle Scripturen, Briefe von Familienmitgliedern, von Damen, Briefe aus der vormärzlichen Zeit, einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen worden. Welche beflagenswerthen Störungen im gesellschaftlichen und geschäftlichen Leben durch ein solches Eindringen in alle Privatverhältnisse herbeigeführt werden können, brauche ich nicht anzudeuten. Und für alle diese Unannehmlichkeiten wird Herrn Delius

zum Schluß der leidige Trost, daß Herr v. Hinkeldey die Maßregel über ihn nicht verhängt haben würde, wenn er früher gewußt hätte, daß Delius ein Sr. Majestät dem Könige treu ergebener Mann sei; er habe dieses aber erst später von achtbarer Seite erfahren.

Aus England. Drei Hauptfragen nehmen in dieser Session die Aufmerksamkeit des englischen Parlaments in Anspruch: die Unterrichtsfrage, die Einkommensteuer und die Reform der Regierung Ostindiens. Hinsichtlich der erstern hat Lord Russell bereits im Parlament die Absichten der Regierung auseinandergesetzt. Sie ist in England schwerer zu lösen als anderwärts, denn die gesunde Politik und der religiöse Sinn der Engländer verlangen, daß die Religion ein Hauptgegenstand des Unterrichts sei, und die zahlreichen Sekten, in die sich der Protestantismus gespalten hat, gestatten nicht, die unterrichtsbedürftige Jugend jedes Kirchspiels in einer Schule zu vereinigen. Die Haupt Sorge für den Unterricht wird daher stets den Gemeinden überlassen bleiben müssen, und die Regierung schiebt in der That jährlich für den niedern Unterricht nur eine verhältnißmäßig geringe Summe zu, nämlich bis 1839 10,000 Pfd. Seit jener Zeit ist die neue Ausgabe für die von der Regierung errichteten Seminare hinzugekommen, die letztes Jahr allein 130,000 Pfd. kosteten. Um das Unterrichtswesen auszudehnen, beabsichtigt die Regierung, den städtischen Corporationen das Recht zu ertheilen, Schulsteuern einzuführen, um bestehende Schulen zu unterstützen, oder zahlreich bevölkerte und arme Distrikte mit neuen zu versehen. Zahlreiche Schulen beruhen auf Stiftungen, der Zahl nach 28,240, mit einem jährlichen Einkommen von 312,000 Pfd. In ihrer ohne alle Controle gelassenen Verwaltung haben sich aber zahlreiche Mißbräuche eingeschlichen, und Lord J. Russell schlägt daher vor, den Gerichten das Recht zu ertheilen, zu untersuchen und zu entscheiden, ob diese Stiftungen im Sinne ihrer Stifter verwaltet werden, so wie die Macht, den entdeckten Mißbräuchen abzuhelfen. Der Geheime Rath, an dessen Spitze Lord Granville steht, erhält das Oberaufsichtsrecht. Die Universitäten werden durch sanften Zwang zur Selbstreform bewogen. Die Universitäten sollen Studenten zulassen, die nicht Mitglieder der Collegien oder Bursen sind, der Eintritt in dieselben soll erleichtert, und ein größerer Theil des Einkommens derselben zur Vermehrung der Unterrichtsmittel auf den Universitäten verwandt werden. Diese Reformen werden ihnen vor der Hand blos empfohlen, aber unter Androhung parlamentarischer Einmischung, wenn sie säumig sind.

Englische Blätter geben eine Geschichte der Streitfrage über die heiligen Orte, die bei Gelegenheit der neuesten orientalischen Differenzen zur Sprache gekommen sind. Der Streit sollte schon einmal zwischen Rußland und Frankreich diplomatisch gelöst werden, und beide unterhandelten mit der Pforte, als der griechische Aufstand und die in Folge desselben veränderte Stellung der Türkei

zu den europäischen Mächten der Vermittelung ein Ende machte. Die heiligen Orte, oder die auf den Stellen, wo die großen Wunder des Evangeliums geschehen sind, erbauten Kirchen, sind von der Kaiserin Helena und ihrem Sohn, Constantin dem Großen, gestiftet. Die Perser zerstörten sie 617, später ließ sie Kaiser Heraclius wieder aufbauen, und einige Jahre später nahm sie Kalif Omar in Besitz, der den Gläubigen den Zutritt gestattete. Sie wurden zum zweitenmale von Amurath zerstört, 1009 aber von Neuem aufgebaut. Mitte des 14. Jahrhunderts kaufte König Robert von Sizilien die heiligen Orte in Palästina von dem Sultan von Aegypten, und stellte sie unter die Obhut des Franziskanerordens. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts eroberte Selim das heilige Land, und der zwischen seinem Nachfolger und Franz I. abgeschlossene Vertrag stellte die heiligen Orte und die sie hütenden Mönche unter den Schutz der französischen Krone.

1757 entstand ernstlicher Streit zwischen den Mitgliedern der griechischen und der lateinischen Kirche, indem erstere den letztern den ausschließlichen Besitz und Obhut der heiligen Orte bestritten. Griechische Pilger plünderten das lateinische Kloster in Jaffa, und die lateinischen Mönche, welche sich in der Kirche des heiligen Grabes eingeschlossen, wurden ebenfalls von den Griechen angegriffen. Man klagte beim Divan, und jede Partei beschuldigte die andere, zuerst angefangen zu haben. Der Divan hörte alle Parteien, selbst den französischen Gesandten, und das Ergebnis war der Hattischeriff von 1757, welcher die Lateiner aus der Kirche des heiligen Grabes Mariä und der von Bethlehem vertrieb; und das heilige Grab und die andern heiligen Orte wurden unter die Obhut griechischer Mönche gestellt. Obgleich nun seit dieser Zeit die Pforte auch einige Ferman's zu Gunsten der Lateiner erlassen hat, so haben letztere doch allmählich alle früher besessenen Vorrechte verloren, und die Umgriffe der Griechen, und die Bemühungen der Lateiner, sich dagegen zu schützen, haben Scandale veranlaßt, welche die Christen bei den Türken in große Mißachtung gebracht haben.

Der Verfassungskampf in Spanien. Die Reform- oder vielmehr Revisionsvorlagen, welche das Ministerium Noncalt den Cortes unterbreitet hat, sind jetzt ihrem ganzen Umfange nach bekannt und es ergibt sich daraus, daß das Cabinet bei weitem mehr von dem verderblichen Constitutionsproject Bravo Murillo's adoptirt hat, als in letzter Zeit in Aussicht gestellt wurde. Die Annahme dieser Vorlagen würde die Existenz des constitutionellen Systems in Spanien, das dort bis jetzt freilich stets auf eine sehr mangelhafte Weise ausgeführt wurde, das aber doch die Grundbedingungen seiner Fortentwicklung besaß, in wahrscheinlich nicht langer Zeit vernichten. In einem Lande, wo der Absolutismus noch so viel Handhaben findet, wo er unterstützt wird durch den gewaltigen Einfluß der katholischen Kirche, und zu einer Zeit, wo die allgemeine Strömung der europäischen Politik und der Einfluß des kaiserlichen

Regimes in Frankreich ihm zu Hülfe kommen, würden die so sehr geschwächten freien Institutionen bald zur völligen Machtlosigkeit herabsinken, falls sie selbst nicht gänzlich abgeschafft würden. Das Bemerkenswerthe der spanischen Regierungsvorlage liegt für uns noch zum Theil darin, daß sie in mehreren Punkten eine auffallende Aehnlichkeit mit den Verfassungsänderungen zeigt, die in Preußen theils vollzogen, theils, wenn nicht direct seitens des Gouvernements, so doch unter seinem sichtlichen Beifall intendirt sind. In andern Beziehungen freilich gehen die spanischen Revisionspläne theils noch über die preussischen hinaus, theils lassen sie Manches unangetastet, was in Preußen bereits aus der Domain der parlamentarischen Rechte in die der königlichen Prærogative übergegangen ist. Wir widmen seit einiger Zeit deshalb nicht ohne Absicht den Vorgängen in Spanien eine besondere Aufmerksamkeit. Die Parallele der Kämpfe, welche in den beiden größten Continentalstaaten, die wenigstens noch äußerlich constitutionelle Formen haben, zur Vertheidigung der bedrohten Verfassungen geführt werden, ergibt sich von selbst. Hat die constitutionelle Sache in Preußen den überwiegenden Vortheil einer weit überlegenen nationalen Bildung und Cultur, einer vorgeschrittenen Industrie, eines der Mehrzahl nach protestantischen Volkes, humanerer Sitten und weniger corruptirter Staatszustände, so hat sie in Spanien eine doch schon längere Vergangenheit, ein warmes Interesse aller liberalen Parteien an der Verfassung und deshalb eine energischere und in der öffentlichen Meinung um Vieles mächtigere Opposition, die Antecedenzen der blutigen ihr gebrachten Opfer und die dadurch in der Armee und in den höchsten Kreisen der Nation erzeugten constitutionellen Sympathieen, endlich die besondere Stellung des jetzt herrschenden Zweiges der Dynastie voraus. Durch die eigentliche Beschaffenheit seines Volkes eignet sich Preußen bei weitem mehr zu einem constitutionellen Staat, aber die Umstände geben gegenwärtig der Verfassung in Spanien einen entschieden stärkern Halt.

Die vorgeschlagene Umwandlung des Senats möchte principiell nach dem wenigsten Anstand begegnen, obwol sie die Regierung von der in der jetzigen Versammlung durch Zahl und Zusammensetzung ihr höchst unbequemen, ja gefährlichen Opposition befreien würde. Anstatt den jetzt nur lebenslänglich, aus bestimmten Kategorien ernannten Senatoren soll nach einen dreifachen Modus der künftige Senat gebildet werden: aus erblichen Mitgliedern, welche die Krone aus den Reihen der Granden ernennt, die mindestens 240,000 Realen (16,000 Thaler) Revenuen aus Grundbesitz haben; aus ipso jure im Senat Platz nehmenden, geistlichen und weltlichen Würdenträgern, den Erzbischöfen, den spanischen Cardinälen, dem Patriarchen von Indien, den Infanten, den Generalcapitänen (Marschällen) des Heeres und der Flotte; aus lebenslänglich von der Krone ernannten Senatoren, die aus gewissen, durch Bedingungen des Vermögens oder des Ranges und äußerer Stellung bestimmten, Kategorien entnommen werden müssen. Diesem Entwurf schließt sich eine Vorlage über eine neue Organisation der Grandeza und des betitelten Adels nebst Herstellung der Majorate an. Die letztere droht, nach jahrhundertlangen und traurigen Erfahrungen, den ökonomischen Interessen des Landes mit schwerer Schädigung. Vom constitutionellen Standpunkte aus sind die Vorlagen viel bedenklicher, welche erstens die Verfassungsparagraphen aufheben, die der Deputirtenkammer die Prüfung der Wahlen und beiden Staatskörpern die Feststellung ihres Reglements zugestehen, und ferner das Budget in ein permanentes und in ein temporaires einteilen, welches letztere allein der Berathung und den Beschlüssen der Cortes unter-

worfen werden soll. In Stelle der erwähnten Verfassungsparagraphen soll ein nicht näher bezeichnetes Gesetz treten, das, wie man nur zu sehr zu fürchten berechtigt ist, die innere Selbstständigkeit des Parlaments und die Wahlfreiheit zerstören dürfte, während die Entziehung der Bewilligung des permanenten, d. h. des eigentlichen Budgets die Regierung zum größten Theil unabhängig von der Controle und den Beschlüssen der Cortes macht. Der Pferdefuß des Absolutismus blickt zu deutlich unter den pseudo-constitutionellen Vorschlägen des Ministeriums Roncali hervor, um Illusionen über die Absichten, die ihnen zu Grunde liegen, zu gestatten.

Die Finanzvorlagen bestehen in der bereits besprochenen Anleihe, von der 300 Millionen zur Tilgung der von Herrn Bravo Murillo hinterlassenen schwebenden Schuld, der Rest zur Vergütung der von diesem bei der Schuldenregulirung verworfenen Coupons mit $10\frac{1}{2}$ P. C. ihres Werthes verwendet werden soll. In einer Privatversammlung der ministeriellen Deputirten, in welcher die Minister Bashey, Benavides und Florente ihren Getreuen die Vortrefflichkeit ihrer Vorschläge auseinandersetzten, entwickelte der Letztere, wie diese Entschädigung der Couponsbesitzer das einzige Mittel, den Credit Spaniens an den großen europäischen Börsen zu rehabilitiren, und die unumgängliche Bedingung zur Realisirung der Anleihe sei. Durch Tilgung der kostspieligen schwebenden Schuld könne der Staat jene Entschädigung gewähren, ohne neue Lasten sich aufzulegen. Diese Gründe sind im Ganzen einleuchtend genug; trotzdem wurden in die vom Congreß für das Anleiheproject niedergesetzte Commission von sieben Mitgliedern drei Oppositionsdeputirte, worunter der frühere Finanzminister Mon, eine hohe Finanzautorität in Spanien, gewählt. Die Börsencourse wichen bedeutend auf diese Nachricht, jedoch meint man, daß die gebieterischen Bedürfnisse der finanziellen Lage des Staates die Opposition in dieser Frage zur Zustimmung bewegen werden, sollte selbst das Cabinet nicht an und für sich der Mehrheit darin sicher sein.

Der Senat hat, nachdem ein vom Antragsteller mit großer und eindrucksvoller Beredsamkeit vertheidigtes Amendement des Progressisten Lopez, das den Marschall Narvaez seinen Sitz in der Versammlung einzunehmen ermächtigte, mit 95 gegen 59 Stimmen verworfen war, mit 79 gegen 71 Stimmen das Gutachten der Generale Sanz und Pezuela angenommen, welches in dem Verfahren der Regierung keinen Anlaß für ein Einschreiten des Hauses sieht. 8 Stimmen Majorität der Blindministeriellen, nach dem kurz vorher vierzig Senatoren zur Durchsehung dieser Frage ernannt worden sind, das kann man einen Pyrrhus-Sieg nennen. Es ging das, bis jetzt unbestätigte Gerücht, Narvaez habe die Entlassung von allen seinen Würden, Titeln und Orden der Königin eingeschickt, deren erneuter Befehl, sofort die Sendung nach Wien anzutreten, dem in Paris verweilenden Marschall zugegangen ist. Allerdings scheint dieser Schritt der einzige zu sein, der dem Herzog v. Valencia übrig bleibt, um seine Ehre und Unabhängigkeit zu wahren. — Der Congreß berieth über die vom Ministerium verlangte Fort-erhebung der Steuern, wobei Pidal die heftigsten Angriffe auf die Politik des Cabinets und sein Verfahren gegen die Presse richtete, der Minister Florente dagegen von Neuem die schleunige Einbringung eines Preßgesetzes versprach.

Pariser Briefe. Eine Correspondenz von Paris müßte jetzt eigentlich nur noch von Feuilletonisten geführt werden, denn in dem Zustande der politischen Unschuld, in welchen unser öffentliches Leben nach einem vierzigjährigen parlamentarischen Sünden-

rausch zurückgefallen ist, sind große Ereignisse, was anderer Orten in die Rubrik des Feuilletons fällt. Und geschieht wirklich einmal etwas politisch Bedeutendes, so kommt es dem beschränkten Unterthanenverstand nicht zu, darüber zu raisonniren, und Herr v. Maupas sorgt dafür, die Zeitungen in richtiger Selbsterkenntniß und ziemender Bescheidenheit zu erhalten. Das große Ereigniß unsrer parlamentarischen Session, der Ball des legislativen Körpers, liegt bereits weit hinter uns. Es ging dabei Alles auf's Herrliche zu, die Einrichtung war feenhaft, die Bewirthung splendid, die fünftehalbtausend Gäste in der heitersten Stimmung und Ihre kaiserlichen Majestäten äußerst zufriedengestellt und gnädig. Der Senat ist mit seinem Fest völlig ausgestochen und der Schwerpunkt — der öffentlichen Vergnügungen liegt, wie es einem freien Volke geziemt, in der Nationalvertretung. Der moralische Katzenjammer kam allerdings nach, der Brief des Grafen Montalembert an den Maire von Besançon, in welchem der grollende Onkel der Kreuzfahrer die 1000 Francs des Ballbeitrags seinem Wahlbezirk zu einem — ich weiß nicht gleich mehr, welchem — wohlthätigen Zwecke übermacht, und äußerst impertinent über die „tanzenden Gesetzgeber“ sich ausläßt. Die Entrüstung unter den Ehrenwerthen war grenzenlos und man dachte schon daran, den entarteten Collegen zur Verantwortung zu ziehn. Es scheint jedoch, daß man in Betracht der geringen Vortheile für die Würde der hohen Versammlung, die ein solcher Skandal mit sich bringen konnte, darauf verzichtet hat. Herr Billault soll indessen auf administrativen Wege die beleidigte Ehre des legislativen Körpers gerächt haben. Er hat, wie man behauptet, ohne Rücksicht auf die Nichtbetheiligung Montalemberts an dem Feste, ihm seinen Beitrag von 1000 Francs von den Diäten abgezogen, so daß der edle Graf jetzt nach zwei Seiten hin bluten muß. Ist diese „Confiscation“ ein Rückfall des Herren Präsidenten in den Socialismus, oder ein Fortschritt im Conservatismus? Vor einiger Zeit würde man diesen Zweifel nicht aufgeworfen haben, jetzt erscheint er jedoch sehr an der Tagesordnung. Was Montalembert betrifft, so meint man übrigens, ihm sei Recht geschehen; wer einmal in den legislativen Körper eintrete, womit könne der sich besser beschäftigen, als mit Tanzen? — Die Ehrenwerthen sind jetzt beim Budget, und während ihr Präsident Diäten confiscirt, können sie sich dort mit der Confiscation der Orleans'schen Güter befreunden, deren Einkünfte unter den Einnahmeposten figuriren. Die Abneigung, zum Commissair der Budgetcommission gewählt zu werden, ist allgemein; man erinnert sich, wie die Unglücklichen, die im vorigen Jahre in dieser Eigenschaft Reductionen vorschlugen, von den Praefecten ihrer Departements als übelgesinnt proclamirt wurden. Und wer übelgesinnt ist, kann heutzutage in Frankreich leicht die „Seekrankheit“ bekommen.

Neulich hat der Seinepräfect, Herr Berger, auf dem Stadthause dem Kaiserpaar gleichfalls seinen Ball gegeben. Auch hier strahlte Alles in Glanz und Pracht, Ihre Majestäten blieben von 11 bis 4 Uhr, man volkte auch nach ihrem Weggehn fröhlich weiter, als plötzlich um halb 3 Uhr die Lichter ausgingen, und die Gäste sehr überrascht und zum größten Theil hungrig nach Hause gingen. Ja hungrig! Denn nur Wenige waren so glücklich bis zu einem Buffet durchzudringen, und noch Wenigere sahen diese Anstrengungen mit Erfolg belohnt. Es war ein glänzendes Glend. Dieser höchst diätetische Municipalitätsball wirft auf den der Gesetzgeber eine neue, retrospektive Glorie.

Ueber die orientalische Frage ist Alles still. Die französische Flotte segelt im

Archipelagus umher und die französische Politik sitzt ziemlich fest auf der Sandbank, auf die sie durch ihre hitzige Jagd nach dem Protektorat der heiligen Gräber gerathen ist. Unter der parlamentarischen Regierung würde ein Ministerium, das sich in eine solche Sackgasse verfahren, einen schweren Stand gehabt haben. Nach dem Votum der 8 Millionen giebt es aber in Frankreich keine Misstrauensvoten mehr. — Die „Assemblée Nationale“ hat ihr zweites Wertissement erhalten, weil sie die Bourbons „die königliche Familie von Frankreich“ genannt. Ihre Akten sind jetzt spruchreif und ihre Angelegenheiten sind es schon längst. „Man sagt, sie wollte sterben.“

Gyrowez und Bonaparte. — Auf seiner Rückreise von London 1793 kam der Musiker Gyrowez, der, ohne es zu wissen, in einem Wagen auf gemeinschaftliche Kosten mit dem Herzog von Berry gereist war, nach Brüssel. Nachdem die Franzosen eingerückt waren, wurde das Haus, in welchem er wohnte, wie alle anderen mit französischer Einquartirung belegt. Wir lassen den wunderlichen Componisten selbst weiter erzählen:

„An der gemeinschaftlichen Mittagstafel fanden sich sehr viele Officiere ein, worunter auch zufällig Bonaparte war, welcher, als er hörte, daß Gyrowez ein Deutscher sei, sich ruhig zu ihm setzte und während der Tafel sehr Viel und Verschiedenes mit ihm sprach. Nach Tische versammelten sich einige Officiere und schienen sich über militairische Angelegenheiten zu besprechen. Bonaparte stand in der Mitte, und die Andern hörten ihm mit besonderer Aufmerksamkeit zu, obschon Einige unter ihnen höheren Ranges zu sein schienen. Späterhin erfuhr Gyrowez, daß Bonaparte Capitain sei, unter den Uebrigen sich aber auch Colonels und höhere Officiere befanden, unter welchen auch Kleber, St. Cyr, u. A. waren. Am nächsten Tage um die Mittagszeit fand sich dieselbe Gesellschaft an der Tafel, und Bonaparte unterhielt sich abermals viel mit Gyrowez, schien ihn sogar aufzumuntern, in die Armee zu treten und französische Dienste zu nehmen, welches dieser aber nur wie einen Scherz ansah und gar nicht beachtete. Am folgenden Tage geschah dasselbe, aber Gyrowez ließ es ebenfalls unbeachtet.“

„Am folgenden Tage wurde bei der Tafel abermals der Gegenstand berührt, ob Gyrowez nicht als Officier bei der französischen Armee eintreten wolle. Gyrowez entschuldigte sich, daß er Künstler sei und sich nie auf Waffenübung gelegt habe. Bonaparte antwortete rasch darauf: O Sie werden das bald lernen, überlegen Sie sich die Sache, und kommen Sie nach Tisch mit mir, wir wollen die öffentlichen Unterhaltungen der Soldaten auf den Sälen in Augenschein nehmen und morgen darüber sprechen. Man besuchte nun die verschiedenen Säle — aber welch ein Anblick, welch' ein Aergerniß, als man sah, daß die Soldaten öffentlich vor allen Leuten die ärgsten Scandale und den unerhörtesten Unfug trieben, worüber denn Bonaparte äußerst erzürnt war und zu Gyrowez sagte: Sehen Sie diese schlechten, abscheulichen Menschen, diese Ungeheuer! O, das muß bald anders werden, so kann, so darf dies nicht bestehen! Daraus konnte Gyrowez abnehmen, daß Bonaparte kein böser, sondern ein guter, moralischer Mensch sei, der sich nur die Verbesserung der Menschheit zum Ziel setzte.“

„Am folgenden Tage wurde bei Tisch abermals die Fortsetzung der Rede eingeleitet, um Gyrowez zu bestimmen, als Officier in die französische Armee einzutreten. Dieser beharrte aber bei seiner frühern Aeußerung, und als man auf alle mögliche Weise in ihn drang und seine Einwilligung zu erzwingen suchte, antwortete er mit dem bestimmtesten Ton, daß alle ihre Bemühungen fruchtlos wären und er niemals gegen sein Vaterland dienen oder die Waffen ergreifen würde. Auf diese Aeußerung wurde das Gespräch abgebrochen, und Bonaparte machte nie mehr davon Erwähnung.“

„Nach allen diesen Ereignissen war er doch sehr begierig zu wissen, wer dieser junge Bonaparte eigentlich sei, weil er, wie bereits gesagt, nach Tische gewöhnlich

einen Circle von Officieren höheren Ranges um sich gereiht hatte, denen er gleichsam eine Art Befehl mitzutheilen schien, und welche denselben mit besonderer Aufmerksamkeit anhörten; er fragte darum den damaligen Christen Kleber und bat ihn um nähere Auskunft. Da antwortete Kleber: Sie werden sehr bald viel Großes von diesem jungen Manne hören. — Bald darauf wurde Bonaparte nach Paris berufen und dann nach Toulon als Commandirender gesendet, wo er seine Carriere begann, bis er es zum Kaiserthum brachte.“

Literatur. Nationalökonomische Bilder aus Englands Volksleben, von Dr. H. J. F. Schulze. Jena, Mauke 1853. Auch dies Werk scheint seinen Ursprung der großen Industrieausstellung zu verdanken, zeichnet sich aber vor zahlreichen Touristenwerken dadurch aus, daß der Verfasser bestimmte Kreise von praktischen Interessen, mit denen er vertraut ist, behandelt. Volk und Land, Landwirtschaft und Landleben, Industrie und Stadtleben, Licht und Schatten in den socialen Verhältnissen Englands sind die Hauptabschnitte, in welche der belehrende Inhalt getheilt ist. Ueberall spricht der Verfasser als verständiger Mann, der bei Darstellung der statistischen und rechtlichen Verhältnisse gute Quellen studirt und sorgfältig benützt hat. Was er über Volk und Land, Licht und Schatten Großbritanniens berichtet, ist nicht gerade neu, und wo er seine eigenen Ansichten mittheilt, kann dies Blatt ihm nicht immer beistimmen; dagegen enthalten die Abschnitte über Landwirtschaft und Industrie eine übersichtliche Zusammenstellung sehr interessanter Zustände, die zur Belehrung für ein größeres Publikum sehr wohl geeignet sind und das Werk als nützlich empfehlen.

Land- und Seebilder aus der Gegenwart. Aus den Household-Words des Dickens übersetzt von Sägelken. 2. Theil. Asien und Afrika. Oldenburg, G. Stalling 1853. Diese zweckmäßig zusammengestellten Artikel der berühmten periodischen Schrift von Boz haben den Vorzug, daß sie sämmtlich in der klaren und einfachen Methode der Engländer Scenen aus dem Naturleben und dem Treiben fremder Völker anschaulich machen. Wahrheit und Genauigkeit in der Schilderung zeichnen sie ohne Ausnahme aus und machen die Uebersetzung zu einem anziehenden Lesebuch für die Jugend wie für Erwachsene. Ein Theil dieser Bilder ist in verschiedenen Uebearbeitungen bereits in der deutschen Feuilletonliteratur aufgetaucht.

Aus der Natur. Die neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften. Theil 2. Leipzig, A. Abel. Der 1. Band ist in diesem Blatt bereits empfohlen, dieser 2. enthält Entstehung der Mineralquellen. — Artesische Brunnen. — Thierähnliche Bewegungen im Pflanzenreiche. — Runkelrübenzuckerfabrication. — Eingeweidewürmer. — Die Electricität als Betriebskraft. — Die Umdrehung der Erde. Auch diese Abhandlungen bemühen sich mit Glück, Gründlichkeit mit populärer Darstellung zu verbinden, bei einzelnen, z. B. die Electricität als Betriebskraft, wird der Wunsch rege, durch einige Holzschnitte das Verständniß erleichtert zu sehen. In dem Artikel über Runkelrübenzuckerfabrication kann dies Blatt das abfällige Urtheil des Verfassers über diesen Industriezweig nicht theilen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die einheimische Zuckerbereitung da, wo sie berechtigt, d. h. wo sie die Blüthe einer hochgesteigerten landwirthschaftlichen Cultur auf größerem Grundbesitz ist, auch ohne Schutzzoll die Concurrnz mit dem Rohrzucker auszuhalten vermag. Wir glauben nicht, daß die Zeit nahe ist, wo man in den Landschaften des Zuckerrohrs den größern Zuckergehalt dieser Pflanze durch eine gleiche Sorgfalt bei der Verarbeitung, wie sie unsere Industrie anwendet, mit solchem Erfolg verwerthen wird, daß dadurch die höheren Herstellungskosten, welche das tropische Klima an vielen Orten unvermeidlich macht, annullirt werden. Und wir haben außerdem den Anbau der Runkelrüben auf geeignetem Boden, in rationellem Wirthschaftsbetriebe für einen der größten Fortschritte, welchen die Agricultur des europäischen Festlandes in den letzten zwanzig Jahren gemacht hat,

und wir glauben durchaus nicht an die Richtigkeit des oft erhobenen Vorwurfs, daß der so sehr gesteigerte Rübenbau, weil er die Cultur der Bortfrüchte verringere, nachtheilig auf die landwirthschaftliche Production einwirke.

Thomas Babington Macaulay's ausgewählte Schriften. Deutsch von Steger. 2. Band. Braunschweig, G. Westermann. — Dieser Theil enthält eine Biographie englischer Staatsmänner, die von Sir William Temple, von Sir Robert Walpole, von Pitt, Graf v. Chatam und von Lord Holland. Die drei ersten sind ausführliche Biographien, in welche eine Anzahl von Portraits und Schilderungen der Freunde und Gegner verwebt sind, die letzte ist ein kurzer Nachruf an einen theuern Todten; alle vier aber stehen in einem innern Zusammenhange, da sie eine fast ohne Unterbrechung fortlaufende Darstellung der großen politischen Kämpfe Englands im vorigen Jahrhundert geben, und die beiden großen Familien der Pitt's und Foxes in den verschiedenen Generationen darstellen. Größe und Klarheit des Urtheils, hinreißende Kraft in der fast dramatischen Darstellung, alle die ausgezeichneten Eigenschaften, welche wir an Macaulay bewundern, finden sich auch in diesen Biographien in vorzüglichem Grade wieder. Uebersetzung und Ausstattung sind bereits beim 1. Band lobend erwähnt worden.

Polemik der Neuen Zeitschrift für Musik. — In No. 9 des gegenwärtigen Jahrgangs brachten wir einen Artikel über den Tannhäuser, der die N. Z. f. Musik zu einer Reihe „offener Briefe“ veranlaßt hat, von deren Ton wir hier eine Probe geben wollen. Der Brieffsteller schreibt an unsren Referenten: „In Ihrem dämmerigen Verstande hat sich der faule Rest irgend einer ziemlich lottrig und modrig gewordenen Theorie abgelagert“ u. s. w. . . . „Dieser von einer paurven Einbildungskraft todtgeborne Wechselbalg, welcher dem Publicum durch das Behikel einer gleichnerischen Scheinkritik unterschoben werden soll“ u. s. w. . . . „Sie, der Sie die grenzenlose Anmaßung haben, zu behaupten, in Ihrem Gefasel“ u. s. w. . . . „Genug von Ihrem Tannhäuser, er kann mir gestohlen werden“ u. s. w. . . . „So undankbar es ist, durch alle Psüßen, welche Sie durchwateten, mit der metakritischen Peitsche hinter Ihnen herzuziehen“ u. s. w. — Die Böbelhaftigkeit eines solchen Ton's ist in der N. Z. f. Musik nichts Neues; neu ist aber, daß der Verfasser seinen Namen unterzeichnet. Die Person, die einen solchen Styl schreibt, heißt Joachim Raff. — Wir wollen noch, zur Belehrung unsrer Leser die höhere Auffassung des Tannhäuser wörtlich mittheilen, die wir Hrn. J. Raff verdanken. — „Sehe ich nun den Gehalt der Wagnerschen Dichterabsicht im Ganzen und Großen an, so gewahre ich darin den sinnlich und geistig reich begabten Tannhäuser hinübergetrieben nach den in der Transcendenz (außer ihm) gesetzten Polen seines hier und dort einseitig gewordenen Wesens, was seine tragische Schuld ausmacht. Seine Erlösung, d. h. die Herstellung des Gleichgewichts in seiner Natur, ist nur möglich in der Rückkehr zum Reimenschlichen, welches in dem gleichmäßig Sinnlichen als geistigen Liebestrieb zu jenem Wesen sich äußern mußte, das vermöge des in ihm vorhandenen gegensätzlichen Naturells ihn harmonisch zu ergänzen befähigt ist. Er findet auch diese Erlösung in dieser Rückkehr, aber gleichzeitig die Sühnung seiner tragischen Schuld in der alsbaldigen Auflösung seiner Existenz, die nach seiner Rückkehr nur durch die Coexistenz jenes ihn ergänzenden Wesens möglich wäre, welches aber bereits zu sein aufgehört hat, da dessen ungleich schwächere Natur dem äußern moralischen Gegendruck aus Mangel an jeder thätigen Reagenz erliegen mußte.“ — Wie gefällt unsern Lesern diese artige Combination von Wörtern?

Veranlagung von **Gustav Freytag** und **Julian Schmidt**.

Als verantwortl. Redacteur legitimirt: **F. W. Grunow**. — Verlag von **F. L. Herbig** in Leipzig.

Druck von **C. C. Elbert** in Leipzig.